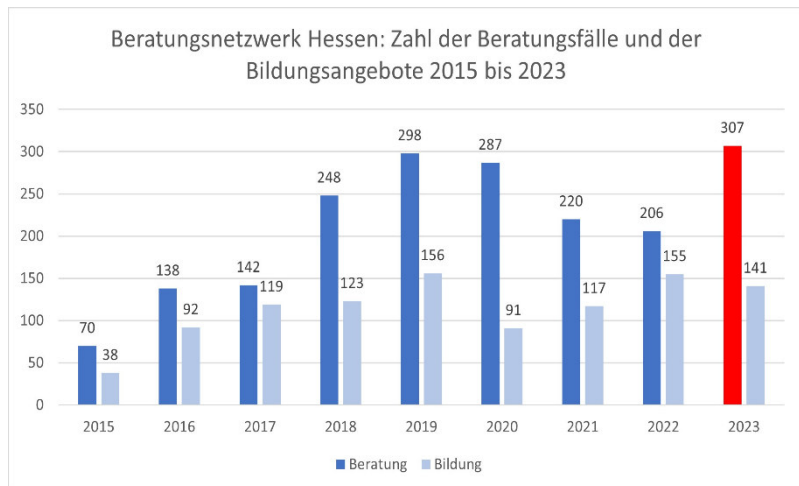


- PRESSEMITTEILUNG -

Rechtsextremismus in Hessen: 2023 Rekordzahl bei Beratungsfällen

Hilfen des hessischen Beratungsnetzwerks waren im vorigen Jahr so gefragt wie noch nie (Marburg, 03.05.2024) Höchststand: Das hessische Beratungsnetzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus registrierte 2023 eine Rekordzahl bei seinen Beratungsfällen. Mehr als 300 Anfragen wurden dokumentiert, und die bis dato festgestellten Zahlen in diesem Jahr zeigen bereits, dass die Tendenz weiter nach oben geht.

Was tun bei Rechtsextremismus, Rassismus oder menschenfeindlichen Diskriminierungsformen? Darum kümmert sich das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“; 2023 hat es dazu die meisten Beratungen seit seiner Gründung 2007 durchgeführt und damit einen neuen Höchststand erreicht. Wie das zuständige Demokratiezentrum



© Demokratiezentrum Hessen

Hessen an der Philipps-Universität Marburg mitteilte, dokumentierte es für das vergangene Jahr insgesamt 307 Beratungsfälle – so viele wie noch nie. Im Jahr 2022 waren es 206 Beratungsfälle, d. h., die konkreten Hilfeanfragen stiegen in einem Jahr um 49 %. Dabei ist eine deutliche Zunahme vor allem bei Beratungsthemen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit erkennbar. Neben der Fallberatung kamen 2023 noch 141 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen der Beratungsteams dazu (Workshops, Vorträge etc.) – etwas weniger als noch im Jahr zuvor (2022: 155), da Ressourcen in erster Linie für laufende und die vielen neuen Beratungsprozesse verwandt werden mussten.

Eine detaillierte, aufgeschlüsselte Statistik folgt in einem umfangreichen Jahresbericht im Sommer.

Polykrisen und zunehmende Radikalisierungen

Ursachen für den deutlichen Anstieg der Beratungszahlen sind laut Demokratiezentrum Hessen u. a. im erstarkten Rechtsextremismus und -populismus, Polarisierungstendenzen in der Bevölkerung und vermehrten Radikalisierungen, Verrohungen und Anfeindungen v. a. im Internet zu suchen. Ausgelöst werde dies z. T. durch die gegenwärtigen, gleichzeitigen Krisen (Kriege in der Ukraine und im Nahen

Osten, Migration, Klimawandel, Inflation etc.), die bei vielen Menschen zu einer allgemeinen Verunsicherung, schwindendem Vertrauen in die Politik und Forderungen nach einfachen, schnellen Lösungen führen, die rechtsextreme Kreise vermeintlich anzubieten scheinen. Eine erhöhte Sensibilisierung in der Gesellschaft und ein gestiegener Bekanntheitsgrad des Netzwerks und seiner Hilfsangebote dürften ebenfalls Gründe für den sprunghaften Fall-Anstieg sein.

Zahlen steigen aktuell weiter

Auch im laufenden Jahr 2024 zeigt sich bereits ein ähnliches Bild: Von Januar bis April 2024 war die Anfragendichte beim Beratungsnetzwerk Hessen bereits so hoch wie nie zuvor (112 Beratungen, 64 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen, Stand: April 2024). Schwerpunkte lagen dabei in den Bereichen Schule und dem sozialen Nahraum (Nachbarschaft, öffentlicher Raum). Zudem fragen derzeit viele Menschen nach den Umgangsmöglichkeiten mit Demokratiefeindlichkeit und suchen Unterstützung bei der Gründung von Netzwerken, Initiativen und Bündnissen gegen Rechtsextremismus.

Zum Hintergrund

Das vom Land Hessen und vom Bund geförderte „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ berät kostenlos und vertraulich Hilfesuchende wie Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Diskriminierungsopfer und andere Betroffene in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Fällen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und bietet entsprechende Bildungs- und Präventionsmaßnahmen an. Das an der Philipps-Universität in Marburg angegliederte Demokratiezentrum Hessen fungiert dabei als zentrale Fach-, Anlauf- und Geschäftsstelle, die die Arbeit des Netzwerks koordiniert und dokumentiert.

.....

Über das Demokratiezentrum Hessen und das Beratungsnetzwerk Hessen

Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus entgegenzuwirken und das demokratische Miteinander zu stärken – das ist Ziel und Aufgabe des „**Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus**“. Seit 2007 berät es in o. g. Fällen Hilfesuchende – Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Gewalt- und Diskriminierungsopfer – und bietet ein breites Spektrum entsprechender Bildungs- und Präventionsmaßnahmen an. Die Beratung ist professionell, qualifiziert, individuell, vertraulich und kostenlos. Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater, um sich gemeinsam für die beschriebenen Ziele einzusetzen. Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das **Demokratiezentrum Hessen**, das an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt ist. Es vermittelt Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung und Vernetzung sowie Präventions- wie Bildungsangebote des Netzwerks und dokumentiert die Arbeit.

Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ sowie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über das Programm „Demokratie leben!“ >>

Nähere Informationen im Internet unter <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**